

## § 123 InsO Insolvenzordnung (InsO)

Bundesrecht

---

### Dritter Teil – Wirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens -> Zweiter Abschnitt – Erfüllung der Rechtsgeschäfte. Mitwirkung des Betriebsrats

**Titel:** Insolvenzordnung (InsO)

**Normgeber:** Bund

**Amtliche Abkürzung:** InsO

**Gliederungs-Nr.:** 311-13

**Normtyp:** Gesetz

#### § 123 InsO – Umfang des Sozialplans

(1) In einem Sozialplan, der nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens aufgestellt wird, kann für den Ausgleich oder die Milderung der wirtschaftlichen Nachteile, die den Arbeitnehmern infolge der geplanten Betriebsänderung entstehen, ein Gesamtbetrag von bis zu zweieinhalb Monatsverdiensten ( § 10 Abs. 3 des Kündigungsschutzgesetzes ) der von einer Entlassung betroffenen Arbeitnehmer vorgesehen werden.

(2) <sup>1</sup>Die Verbindlichkeiten aus einem solchen Sozialplan sind Masseverbindlichkeiten. <sup>2</sup>Jedoch darf, wenn nicht ein Insolvenzplan zu Stande kommt, für die Berichtigung von Sozialplanforderungen nicht mehr als ein Drittel der Masse verwendet werden, die ohne einen Sozialplan für die Verteilung an die Insolvenzgläubiger zur Verfügung stünde. <sup>3</sup>Übersteigt der Gesamtbetrag aller Sozialplanforderungen diese Grenze, so sind die einzelnen Forderungen anteilig zu kürzen.

(3) <sup>1</sup>Sooft hinreichende Barmittel in der Masse vorhanden sind, soll der Insolvenzverwalter mit Zustimmung des Insolvenzgerichts Abschlagszahlungen auf die Sozialplanforderungen leisten. <sup>2</sup>Eine Zwangsvollstreckung in die Masse wegen einer Sozialplanforderung ist unzulässig.